

China auf der Schwelle
zum einundzwanzigsten
Jahrhundert

Grundlinien chinesischer Außenpolitik

Peter J. Opitz

Nach der Gründung der Volksrepublik China bis weit in die Sechzigerjahre hinein stand die Außenpolitik Pekings im Zeichen der Weltrevolution. Inzwischen sind das weltrevolutionäre Pathos Pekings und die ihm zugrunde liegende Programmatik schon lange Vergangenheit. Der Abschied hatte sich zwar schon in den Siebzigerjahren nach der amerikanisch-chinesischen Annäherung und der Aufnahme Pekings in die Weltorganisation im Oktober 1971 angebahnt. Doch die Weichenstellungen nicht nur zu einer anderen Außenpolitik, sondern zu einer neuen Politik insgesamt, der die Außenpolitik nur zur flankierenden Absicherung zugeordnet war, erfolgten erst nach dem Tode Maos. Das war ziemlich genau vor dreißig Jahren, und die zu jener Zeit vom Reformflügel der Partei vorgenommene Kurskorrektur hat seitdem nicht nur China tief greifend verändert, sondern auch im internationalen System tiefe Spuren hinterlassen.

Die diesem Kurswechsel zugrunde liegende Einsicht hatte sein Architekt, der an die Schalthebel der Macht zurückgekehrte Deng Xiaoping, schon im September 1982 auf dem zwölften Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas formuliert: „Die Beschleunigung der sozialistischen Modernisierung, das Streben nach der Wiedervereinigung des Vaterlandes, unter Einschluss Taiwans, und der Kampf gegen Hegemonismus und für die Erhaltung des Weltfriedens – dies sind die drei großen Aufgaben unseres Volkes in den Achtzigerjahren. Der Wirt-

schaftsaufbau steht im Mittelpunkt der drei großen Aufgaben und ist die Grundlage für die Lösung der auswärtigen und inländischen Probleme Chinas.“ Nur eine grundlegende wirtschaftliche Sanierung, so die Botschaft Dengs an die Partei, konnte die schwer angeschlagene Legitimität des kommunistischen Regimes wiederherstellen, das traumatisierte Land wieder zusammenführen und die Stellung Chinas in der Welt nachhaltig verbessern. Allerdings war eine solche Sanierung weder auf der Grundlage der sozialistischen Planwirtschaft des bisherigen Stils zu erreichen noch – wie Mao es immer gefordert hatte – „aus eigener Kraft“. Nötig waren vielmehr eine vorsichtige Systemtransformation in Richtung Marktwirtschaft – und komplementär dazu eine Öffnung des Landes für ausländische Investitionen und Technologien sowie eine kooperative Einbindung Chinas in die regionalen und weltwirtschaftlichen Strukturen. Und dieser grundlegende Umbau der Wirtschaft und die ihn begleitende Umschichtung knapper Ressourcen aus dem militärischen in den zivilen Bereich erforderten wiederum ein friedliches regionales und internationales Umfeld. Dessen Schaffung wurde deshalb – neben dem Aufbau kooperativer Beziehungen – nun zur zentralen Aufgabe der Außenpolitik Chinas. Ein erster Schritt in die neue Richtung war dann auch der Abschied von der Weltrevolution, und bezeichnenderweise erhob Peking nun jene Prinzipien wieder zur Grundlinie der chinesischen Außenpoli-

tik, über die es zu Beginn der Sechzigerjahre eine erbitterte ideologische Auseinandersetzung mit Moskau geführt hatte: die Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Pekings Glückssträhne

Verfolgt man vor diesem Hintergrund die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas seit den 1980er-Jahren, so zeigt sich eine ebenso konsequente wie erfolgreiche Umsetzung dieser Zielsetzungen. Als eine der ersten Aufgaben stellte sich der chinesischen Diplomatie die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion, die noch immer gewaltige Waffenpotenziale jenseits der chinesischen Grenzen disloziert hatte und China auch durch Allianzen mit Indien und Vietnam einzuschnüren suchte. Es war deshalb für Peking ein glücklicher historischer Zufall, dass in Moskau Mitte der 1980er-Jahre mit Gorbatschow ein Politiker an die Macht kam, der im Rahmen seines „neuen außenpolitischen Denkens“ nicht nur die Entspannung mit dem Westen suchte, sondern zugleich auch einen Ausgleich mit China. Zu dieser und zugleich zur Normalisierung der Beziehungen kam es dann im Mai 1989 anlässlich seines Besuches in Peking. Doch damit war die Glückssträhne Pekings nicht am Ende: Nur kurze Zeit später kam es zum Zerfall der Sowjetunion und mit ihm zum Ende einer Bedrohung aus dem Norden, die seit dem achtzehnten Jahrhundert auf China gelastet hatte. Eine Zeitenwende war eingetreten: An die Stelle einer gewaltigen „Supermacht“ Sowjetunion, die die Expansionspolitik des zaristischen Reiches unverändert weitergeführt hatte, waren nun ein schwaches Russland getreten, eine des russischen Schutzes entkleidete Mongolei sowie drei beziehungsweise fünf unabhängige, instabile zentralasiatische Staaten. Weder von Russland noch von den zentralasiatischen Staaten drohte China Gefahr – außer sie gingen mit den USA eine antichinesische Allianz ein. Doch auch diese Gefahr ging vorüber, und dank einer

geschickten chinesischen Diplomatie entwickelte sich seit den Neunzigerjahren – über Gorbatschow, Jelzin und Putin – eine russisch-chinesische Annäherung, die 1996 zu einer „strategischen Partnerschaft“ führte, von der beide Staaten profitierten: Peking insbesondere vom Kauf moderner russischer Militärtechnologien sowie durch den Zugang zu russischen Rohstoffen, insbesondere zu dringend benötigten Energielieferungen. Doch darin erschöpfte sich die neue „strategische Partnerschaft“ nicht: Nicht zuletzt auf Betreiben Chinas kam es 2001 zur Gründung der *Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ), der neben Russland und China auch vier der zentralasiatischen Staaten angehören. Während an oberster Stelle ihrer Agenda der Kampf gegen die „drei Kräfte“ Terrorismus, religiöser Extremismus und Separatismus steht, gewinnt zunehmend auch die wirtschaftliche Kooperation – hier vor allem der Energiesektor – an Bedeutung. Dabei besteht für China ein besonderer Vorzug darin, dass die Energielieferungen aus Russland und den zentralasiatischen Staaten auf dem Landweg erfolgen können und damit im Falle eines Konflikts mit den USA sicherer sind als auf den von den amerikanischen Flotten beherrschten Seerouten aus dem Mittleren Osten durch den Indischen Ozean und die Malakkastraße. Sollte es Peking und Moskau gelingen, die SOZ auszubauen und durch weitere Mitglieder zu vergrößern – bisher haben Indien, Pakistan, der Iran, die Mongolei und seit Kurzem auch Afghanistan einen Beobachterstatus –, so würde mit ihr eine der größten Regionalorganisationen entstehen, über die Peking und Moskau ihren internationalen Einfluss erheblich ausweiten könnten.

Ebenso erfolgreich wie im Norden erwies sich Pekings Strategie des „regionalen Multilateralismus“ in Südostasien. Und während die chinesische Führung im Norden den Einfluss Moskaus ein we-

nig zurückzudrängen vermochte, gelang ihr im kontinentalen wie im maritimen Südostasien der Aufbau von Positionen, die geeignet sind, den Einfluss der USA in der Region zu neutralisieren und unterminieren. Neben dem Ausbau der bilateralen Beziehungen zu den Ländern der Region ist hier der wichtigste Ansprechpartner die *Association of South East Asian Nations* (ASEAN), der inzwischen alle zehn Staaten der Region angehören. Hatte Peking den 1967 gegründeten Staatenbund zunächst als ein von den USA gesteuertes antikommunistisches Bündnis angegriffen, so näherte es sich ihm seit den Neunzigerjahren schnell an und zählt heute zu seinen wichtigsten Kooperationspartnern. Das gilt sowohl für den sicherheitspolitischen wie auch für den wirtschaftlichen Bereich. So war Peking 1994 Gründungsmitglied des *ASEAN Regional Forum* (ARF), des bislang einzigen die Region übergreifenden Sicherheitsforums. Dabei gelang es China nicht nur, allein durch seine Anwesenheit im Forum erheblichen Einfluss auf dessen sicherheitspolitische Agenda zu nehmen, sondern auch einige der regionalen Konflikte, in die es selbst involviert ist – etwa die Taiwanfrage und die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer –, aus dem Forum herauszuhalten. Im November 2002 signierte China die *Declaration on the Conduct of the Parties in the South China Sea*, im Oktober 2003 den *Treaty of Amity and Cooperation* von 1976 sowie ein Abkommen über „strategische Partnerschaft“ und schließlich auch den Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Südostasien.

Regionale Integration

Ebenso bedeutsam wie die Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen ist die auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Wichtigstes gemeinsames Projekt ist die im November 2002 vereinbarte Bildung einer Freihandelszone zwischen China

und den ASEAN-Staaten der ersten Stunde – Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Brunei – bis 2010, die bis 2015 durch die später eingetretenen Mitglieder Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar erweitert werden soll (ACFTA). Sie würde dann circa 1,7 Milliarden Menschen umfassen, mit einem Bruttoinlandsprodukt von zwei Billionen US-Dollar. Zieht man in Betracht, dass China das Handelsvolumen mit der Gemeinschaft zwischen 1997 und 2005 von 25,1 Milliarden US-Dollar auf 130 Milliarden US-Dollar steigern konnte (bei einem erheblichen Handelsbilanzdefizit zulasten Chinas) und inzwischen über neun Prozent seines Außenhandels mit den Ländern des ASEAN-Raumes abwickelt, so zeigt sich die Bedeutung, die Peking der Region beimisst. Nicht minder wichtig war die Einrichtung von ASEAN PLUS THREE (APT) im Dezember 1997 – einem weiteren Gesprächsmechanismus, in dem regionale Lösungen für zukünftige Probleme gefunden werden sollen. In ihn sind zwar Japan und Südkorea eingebunden, nicht aber die USA. Demselben Ziel regionaler Integration dienen auch die Ostasiengipfel, deren erster im Dezember 2005 stattfand – ebenfalls ohne die USA. Obwohl die ASEAN-Staaten im wohlverstandenen sicherheitspolitischen, militärischen wie auch wirtschaftlichen Interesse bestrebt sind, ihre guten Beziehungen zu den USA beizubehalten, ist nicht zu übersehen, dass der Einfluss Chinas in der Region im vergangenen Jahrzehnt rapide gewachsen ist – zulasten der USA.

Adressat der Politik des friedlichen Umfelds und des „friedlichen Aufstiegs“ (*heping yueqi*) ist auch jene asiatische Macht, mit der der damalige Außenminister Zhou Enlai Mitte der Fünfzigerjahre die fünf Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ entworfen und mit der Peking dennoch nur wenige Jahre später, 1962, einen Krieg über strittige Territorien

an der Himalaya-Grenze geführt hatte: Indien. Bestanden die Motive der chinesischen Führung für eine Annäherung an Neu-Delhi zunächst wohl nur darin, sich auch hier als ein guter Nachbar zu profilieren, so kamen bald weitere konkrete Gründe hinzu: Einer war die Gefahr eines neuen indisch-pakistanischen Konflikts über Kaschmir – nun eventuell unter Einsatz von Atomwaffen –, in den China als langjähriger Alliiertes Pakistans unweigerlich hineingezogen worden wäre. Ein weiterer Grund waren die strategischen Avancen, die Washington der indischen Regierung machte, offensichtlich mit dem Hintergedanken, im hegemonialen Ringen mit Peking Indien als Verbündeten zu gewinnen.

Es dürften im Wesentlichen diese beiden Gründe gewesen sein, die die chinesische Führung dazu veranlassten, sowohl die Konfliktpotenziale – etwa die Grenzfrage – zu entschärfen wie auch Neu-Delhi Kooperationsangebote zu machen. Zu Letzteren gehörten der Abschluss einer „strategischen Partnerschaft“, die Aufnahme eines strategischen Dialogs sowie verstärkte Wirtschaftsbeziehungen. Allerdings sind auch die Grenzen dieser Annäherung unübersehbar. So konnte sich Peking bislang nicht dazu durchringen, im UN-Reformprozess die Kandidatur Indiens für einen ständigen Sicherheitssitz zu unterstützen und so Neu-Delhi eine Gleichrangigkeit in der Weltorganisation zuzuerkennen. Ebenso unbeeinflusst von der Annäherung ist die chinesische Unterstützung seines traditionellen Verbündeten Pakistan durch umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe sowie 2005 durch den Abschluss eines Freundschaftsvertrages. Dabei hat sich das Motivationspektrum im Hinblick auf Islamabad inzwischen noch verbreitert. Neben der Absicht, Pakistan als strategisches Gegengewicht zu Indien zu erhalten, geht es nun auch um die Nutzung pakistanischer Häfen als Stütz-

punkte für die chinesischen Flotten sowie um die Möglichkeit, über pakistanisches Territorium Pipelines in die Westgebiete Chinas zu bauen.

Die größten Herausforderungen für die Diplomatie Chinas liegen jedoch an seinen östlichen Grenzen. Denn hier sieht sich Peking nicht nur mit der Hegemonialmacht USA konfrontiert, die den Aufstieg Chinas mit erheblichem Misstrauen beobachtet, sondern auch mit deren wichtigstem Verbündeten und der zugleich stärksten Wirtschaftsmacht der Region, mit Japan. Hinzu kommt, dass sich hier, an der unmittelbaren Peripherie Chinas, mit der koreanischen Halbinsel und mit Taiwan die beiden brisantesten Konfliktherde der Region befinden, deren Eindämmung im unmittelbaren Interesse Pekings liegt. Vor allem aber befinden sich in dieser Region – mit den USA, Japan, Taiwan und Südkorea – auch die wichtigsten Handelspartner Chinas. Ein Konflikt mit einem dieser Länder hätte unkalculierbare Folgen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für die innere Stabilität und die Regimesicherheit in China. Das heißt: Die Aufrechterhaltung möglichst guter Beziehungen insbesondere zu Washington und Tokio war und ist eine der zentralen Aufgaben der Außenpolitik Chinas.

Rivalität mit Washington

Das komplexeste Verhältnis – und zugleich auch das wichtigste – war und ist ohne Zweifel das gegenüber der pazifischen Führungsmacht USA. Und gerade dieses Verhältnis war infolge des Endes der Sowjetunion in schwierige Gewässer geraten, war doch die zu Beginn der Siebzigerjahre gebildete informelle strategische Allianz die gemeinsame Antwort Washingtons und Pekings auf die sowjetische Expansion im westlichen Pazifik gewesen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion war jedoch diese Grundlage zerbrochen, und es gab starke Kräfte in Wa-

shington, die dafür plädierten, nach dem sowjetischen Kommunismus nun auch den Kommunismus in China zu liquidieren. Wohl nicht ganz zu Unrecht sah man deshalb in Peking in den Forderungen nach Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte sowie nach Einführung eines Mehrparteiensystems Elemente zu einer Destabilisierungsstrategie, die durch den Ausbau des amerikanischen Allianzsystems in Asien und den Aufbau regionaler und nationaler Raketenabwehrsysteme ergänzt wurden. Die Lage spitzte sich insbesondere unter der Administration von George W. Bush zu, die, anders als die vorangehende Clinton-Administration, China nun als „strategischen Rivalen“ einstufte, die Militärrallianz mit Japan ausbaute und das Unabhängigkeitsstreben Taiwans zu unterstützen schien. Insbesondere die äußerst sensible Taiwanfrage barg unkalkulierbare Risiken, stand mit der Verteidigung der territorialen Integrität Chinas doch die Legitimität der Partei gegenüber starken nationalistisch gesinnten Kräften auf dem Prüfstand. Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen schienen unaufhaltsam einem Konflikt entgegentreiben.

Gegenseitige Annäherung

Doch dann veränderten die Ereignisse vom 11. September 2001 radikal die strategische Agenda Washingtons: An die oberste Stelle rückte nun der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und seine Verbündeten – und für diesen Kampf benötigten die USA auch die Unterstützung Chinas. Dasselbe galt für den sich anbahnenden Konflikt über das atomare Rüstungspotenzial Nordkoreas, und mit dem geplanten Feldzug gegen Saddam Hussein im Blick war in Washington evident, dass man im Augenblick nichts weniger brauchte als auch noch einen Konflikt mit China. Die chinesische Führung nutzte die günstige Situation und kam Washington in einer Reihe

zentraler Fragen entgegen: Sie beteiligte sich aktiv am Kampf gegen den internationalen Terrorismus; sie blockierte im Sicherheitsrat nicht den Angriff Washingtons auf Afghanistan; sie drängte Pakistan, sich am Kampf gegen den Islamismus zu beteiligen; sie unterstützte die Proliferationspolitik Washingtons glaubwürdiger als früher, und selbst ihre Stellungen gegenüber dem Irakkrieg waren eher zurückhaltend. Spätestens der Besuch von Präsident Jiang Zemin im Oktober 2002 auf der Ranch von Präsident Bush in Crawford signalisierte, dass sich das amerikanisch-chinesische Verhältnis grundlegend verbessert hatte.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Wesentlichen Anteil an diesem Stimmungsumschwung hatte das Einlenken der USA in der Taiwanfrage. So hatte Washington nicht nur im August 2002 das Statement des taiwanesischen Präsidenten Chen Shuibian „ein Land auf jeder Seite der Taiwanstraße“ zurückgewiesen, sondern auch glaubwürdig erklärt, man würde das taiwanesisches Unabhängigkeitsstreben nicht unterstützen, sondern am Ein-China-Prinzip festhalten. Von der Sorge einer amerikanischen Obstruktion in der Taiwanfrage befreit, konnte sich Peking nun ganz auf die eigene mehrgleisig angelegte Taiwanstrategie konzentrieren, das heißt auf die Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit mit der taiwanesischen Wirtschaft, deren Kraft auf diese Weise für die eigene Modernisierung genutzt wird und die gleichzeitig in immer größere Abhängigkeit zum Festland gerät, auf die Verweigerung des Dialogs mit der Regierung Chen Shuibian und Avancen gegenüber der Nationalen Volkspartei (Kuomintang), auf den weiteren Ausbau der militärischen Potenziale, um glaubwürdig auf eine Unabhängigkeitserklärung der Insel reagieren zu können, und auf die internationale Isolierung Taiwans. Der Sieg der Kuomintang bei den Parlaments- und Präsidentschafts-

wahlen im Frühjahr 2008 hat Peking im Ringen um einen friedlichen Ausgleich und langfristig um eine Wiedervereinigung einen wichtigen Schritt weitergebracht und damit wesentlich zur Entspannung in der Region beigetragen.

Taktieren gegenüber Seoul

Auch im Konflikt über das nordkoreanische Atomprogramm agierte die chinesische Führung geschickt. Während Peking einerseits das Regime in Pjöngjang im UN-Sicherheitsrat in Schutz nahm und es durch Energie- und Lebensmittellieferungen vor dem Zusammenbruch rettete, setzte man es – andererseits – in einer Sequenz von bilateralen und multilateralen Verhandlungsfolgen unter Druck, der Aufgabe seines Atomprogramms zuzustimmen. Auf diese Weise verhinderte Peking nicht nur eine militärische Aktion Washingtons gegen Nordkorea, in die China leicht hätte involviert werden können, und verpflichtete sich die amerikanische Regierung, sondern verhinderte auch das Entstehen einer unberechenbaren nuklearen Macht im unmittelbaren Vorfeld. Das geschickte Taktieren hatte noch weitere positive Nebeneffekte: Es trug auch zur Verbesserung der Beziehungen Chinas zu seinen beiden Nachbarn und wichtigsten Alliierten Washingtons in der Region bei: zu Südkorea und Japan, die beide, durch die drohende Nuklearisierung Pjöngjangs verunsichert, mit einer engeren Anlehnung an Washington sowie verstärkten Rüstungsanstrengungen reagiert hatten.

Während sich das Verhältnis zwischen Peking und Seoul seit der Normalisierung der Beziehungen zu Beginn der Neunzigerjahre ständig verbesserte und Südkorea inzwischen zu einem der wichtigsten Handelspartner Chinas in Asien aufstieg, ist das japanisch-chinesische Verhältnis noch immer nicht störungsfrei. Das ist sowohl eine Folge der japanischen Kriegsverbrechen während des Zweiten Welt-

kriegs in China und der bislang unzureichenden Vergangenheitsbewältigung Tokios wie auch Reaktion auf die enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit Japans mit den USA, die sich gerade in den letzten Jahren zum Leidwesen Pekings weiter verdichtet hat. Und es ist *last but not least* natürlich auch Ausdruck einer latenten Rivalität der beiden Mächte in der asiatisch-pazifischen Region. Die Antwort Chinas besteht in einer Doppelstrategie: einerseits in einer Einbindung Japans durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen, die sehr wesentlich der Modernisierung Chinas zugutekommen. Und andererseits im Versuch einer politischen Eindämmung Tokios mittels einer Instrumentalisierung seiner unaufgearbeiteten imperialistischen Vergangenheit sowie durch eine offene Verweigerung eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Da Peking jedoch ein Interesse daran haben muss, Tokio *à la longue* aus der engen strategischen Partnerschaft mit den USA zu lösen, ist es gerade im Laufe des vergangenen Jahres wieder zu einer Verbesserung der Beziehungen gekommen. In diesen Kontext passt auch das Werben Pekings für die Bildung einer chinesisch-japanischen Freihandelszone bis 2020, mit dem Endziel einer ostasiatischen Freihandelszone und damit einer stärkeren Anbindung der ostasiatischen Ökonomien an diejenige Chinas – bei Ausgrenzung der USA.

Der Strategie des multiregionalen Multilateralismus entspricht auf globaler Ebene die Strategie zur Schaffung einer multipolaren Machtstruktur. Deren Hauptinstrument ist das Konzept der „strategischen Partnerschaften“ mit anderen Groß- und Mittelmächten, aber auch mit einzelnen Staatengruppen. Diese Partnerschaften dienen im Wesentlichen zwei Aufgaben: Sie sollen bestehendes Konfliktpotenzial zwischen China und den betreffenden Staaten entschärfen und so der Bildung antichinesischer Allianzen vor-

beugen, Kooperationschancen erweitern und den politischen Status Chinas international erhöhen. Und sie haben das Ziel, die weltweite Dominanz der USA durch die Förderung von Gegengewichten zu relativieren und so die unipolare Struktur des internationalen Systems zu beseitigen.

Nachdem sich diese Strategie im Falle Russlands seit April 1996 bewährt hatte, folgten Partnerschaften mit zahlreichen anderen Staaten und Staatengruppen, unter anderem mit den USA, ASEAN, Indien und Indonesien. Dass Peking auch schon früh Anstalten traf, auch die Europäische Union als Ganzes sowie einzelne ihrer Mitgliedstaaten in das Konzept der strategischen Partnerschaften einzubinden, war angesichts des wirtschaftlichen Gewichts Europas und seines Einflusses in der Welt nicht weiter verwunderlich. Daran hatte auch die durch die Tian'anmen-Ereignisse verursachte deutliche Trübung der Beziehungen nichts geändert. Der wichtigste Indikator für die hohe Qualität dieser Beziehungen waren hohe Wachstumsraten im Handelsbereich, die zwischen 2000 und 2007 zu einem Anstieg des Handelsvolumens von circa 77 Milliarden Euro auf 303 Milliarden Euro führten bei durchgehend hohen Handelsbilanzüberschüssen zugunsten Chinas von 159 Milliarden Euro im Jahre 2007. Schon 2005 war die EU-25 zum größten Handelspartner Chinas geworden und China zum zweitgrößten der EU. Nicht ganz so eindeutig war und ist die Konvergenz der politischen und strategischen Auffassungen der beiden Regionen. Zwar sympathisieren zumindest einige der europäischen Staaten mit der chinesischen Forderung nach einer Multipolarisierung des internationalen Systems. Doch hat diese Gemeinsamkeit nie zur Entstehung einer chinesisch-europäischen „Achse“ geführt, über die einige Beobachter in den letzten Jahren spekulierten. Eine solche strategische Achse wurde weder von Europa jemals in Aus-

sicht genommen noch von Peking wirklich angestrebt. Denn die chinesische Führung dürfte sich immer – selbst während der harschen Kritik Deutschlands und Frankreichs am Irakkrieg – bewusst gewesen sein, dass es für eine solche Achse keine gemeinsame Grundlage gab, verfolgt Europa in Asien doch lediglich wirtschaftliche, aber keine politischen Interessen, ganz abgesehen davon, dass auch die europäische Kritik an Washington die Atlantische Allianz nie infrage stellte.

Partnerschaft mit Afrika

Dass Peking auf dem China-Afrika-Gipfel Anfang November 2006 auch dem Schwarzen Kontinent eine strategische Partnerschaft anbot, konnte niemanden überraschen, der das chinesische Engagement in Afrika während des vergangenen Jahrzehnts beobachtet hatte. So war das Handelsvolumen Chinas in Afrika von circa fünf Milliarden US-Dollar (1998) auf fast vierzig Milliarden US-Dollar (2005) gestiegen. Im selben Zeitraum summierten sich die chinesischen Direktinvestitionen auf fast dreißig Milliarden US-Dollar, zudem flossen hohe Kredite zu günstigen finanziellen Konditionen, vor allem aber ohne politische Auflagen in afrikanische Länder. Das alles soll sich nach den Vereinbarungen auf dem Afrika-China-Gipfel im kommenden Jahr weiter steigern. Die Partnerschaft war insofern nur ein konsequenter weiterer Schritt.

Die Motive des chinesischen Engagements sind wirtschaftlicher wie auch politischer Art. Wirtschaftlich geht es angesichts des starken Industriewachstums Chinas auch hier primär um Rohstoffimporte, insbesondere um Erdöl, das 2006 bei den Importen einen Anteil von 63 Prozent erreichte, Metalle und Agrarprodukte. Nicht minder bedeutsam ist die Investitionstätigkeit Chinas mit Schwerpunkten im Infrastrukturbereich, also bei der Strom- und Wasserversorgung, bei Tele-

kom- und Bewässerungsprojekten, vor allem aber auch hier bei der Erschließung strategischer Rohstoffe. Eher kritische Reaktionen löst hingegen die Überschwemmung der afrikanischen Märkte mit chinesischen Gebrauchsgütern aus, belasten sie doch deutlich den Aufbau eigener afrikanischer Industrie. Politisch verspricht sich Peking vom Engagement in Afrika vor allem zweierlei: eine Erhöhung seines Ansehens als globaler Akteur sowie die Unterstützung der afrikanischen Staaten in internationalen Organisationen, in denen zahlreiche afrikanische Stimmen auch das Gewicht Chinas verstärken. Dafür revanchiert sich Peking, indem es als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates durch Androhung eines Vetos Länder wie den Sudan und Zimbabwe vor Verurteilung und Sanktionen bewahrt. Ob das von afrikanischen Eliten zumeist positiv bewertete wirtschaftliche und politische Engagement Pekings wirklich zur Entwicklung des Schwarzen Kontinents beitragen wird, wird die Zukunft zeigen. Unstrittig ist allerdings schon heute, dass der Einfluss Chinas in Afrika im vergangenen Jahrzehnt enorm gewachsen ist – zulasten der USA und Europas. Und was für Afrika gilt, könnte sehr bald auch für den Mittleren Osten und Lateinamerika gelten, wo ebenfalls eine schnell wachsende wirtschaftliche und politische Präsenz Chinas zu beobachten ist.

Wenden wir uns am Ende dieser *tour d'horizon* noch einmal der Frage nach dem strategischen Kern der neuen Außenpolitik Chinas zu. Aus dem Vorangegangenen dürfte deutlich geworden sein, dass sie zwar wesentlich ökonomisch bedingt und beeinflusst ist, ja dass man sogar von einer „Ökonomisierung der Außenpolitik“ Chinas sprechen kann. Darüber hinaus ist sie jedoch letztlich – im Sinne der

eingangs zitierten strategischen Linie Deng Xiaopings von 1982 – vier zentralen Aufgaben verpflichtet: *erstens* der Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Chinas und der Steigerung seiner „umfassenden nationalen Macht“, *zweitens* der Schaffung beziehungsweise Aufrechterhaltung eines stabilen Umfelds an der chinesischen Peripherie als Voraussetzung für die Modernisierung und Konsolidierung der chinesischen Wirtschaft, *drittens* dem Ausbau der Stellung Chinas als asiatischer Regionalmacht und *viertens* der Steigerung des internationalen Ansehens Chinas im internationalen System und seinem Aufstieg zu einer den USA ebenbürtigen Großmacht (*da guo*). Wenn die chinesische Führung auf diesem Weg in den drei vergangenen Jahrzehnten schon weit vorangekommen ist – erheblich weiter als zu Zeiten Mao Tse-tungs –, so ist dies auch darauf zurückzuführen, dass sie sich an jenem Verhaltenskodex orientierte, den Deng in seiner oft zitierten 24-Zeichen-Devise formulierte: „Beobachtet mit kühlem Kopf; reagiert gelassen; bleibt standhaft; verbergt unsere Fähigkeiten und wartet, bis unsere Zeit gekommen ist; versucht niemals, die Führung zu übernehmen; seid fähig, etwas zu Ende zu führen.“ Ob die chinesische Führung auch dann noch dieser Devise folgen wird, wenn Chinas „Zeit“ gekommen ist, das heißt, wenn seine Wirtschaft konsolidiert und sein militärischer Rückstand beseitigt ist, wenn es keine Rücksichten mehr zu nehmen braucht, sondern seinen Ambitionen freien Lauf lassen kann, ist eine derzeit nicht zu beantwortende Frage. Vorausgesetzt jedoch, die Wirtschaft Chinas entwickelt sich weiter mit der Dynamik der vergangenen Jahre, so werden wir nicht mehr lange auf eine Antwort warten müssen.